

Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. V. D.

In der gestrigen Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg erhaltete Genosse Däumig Bericht vom Parteitag. Vor dem Referat wurde die Wahl eines Bezirkssekretärs vorgenommen und der Genosse Hermann Müller mit großer Mehrheit gewählt. Als Sekretärin für den Verband Berlin-Brandenburg wurde die Genossin Frida Wulf einstimmig gewählt.

Darauf erhielt der Genosse Däumig das Wort zu seinem Referat über den Parteitag. Däumig wandte sich gegen den Vorwurf, daß sich der Parteitag nicht mit den brennenden Fragen der Gegenwart beschäftigt habe. Der Parteitag sei ja erst auf Drängen der Parteigenossen einberufen worden, um durch Umgestaltung des Aktionsprogramms einen Boden für die Behandlung der Tagesfragen zu haben. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der Parteitag gute Arbeit geleistet.

Die schwache Beteiligung der ausländischen sozialistischen Parteien auf unserem Parteitag führt Genosse Däumig auf die tiefgehenden Differenzen zwischen dem reformistischen und dem revolutionären Sozialismus zurück. Von Friedrich Adler seien er und seine Freunde sehr enttäuscht worden. Adler habe einen sehr resignierten Eindruck gemacht, was allerdings aus der schweren Lage der österreichischen Klassenkämpfe zu erklären sei. Aber wir dürfen uns nicht von dieser resignierten Stimmung beeinflussen lassen. Wir haben unsere Kampfbedingungen und müssen kämpfen, um unseren österreichischen Genossen helfen zu können.

Genosse Däumig warnt nun im Anschluß an die Mitteilungen des Genossen Dittmann über den Stand der Mitgliederzahl vor einer Ueberschätzung der großen Zahl und trat energisch für die aufblühende Tätigkeit jedes dazu befähigten Genossen ein. Über auch die organisatorischen Notwendigkeiten dürfen nicht zurückgestellt werden. In der Folge agitierten und organisierten kommt auch die Parole, revolutionisieren. Das ist die große Richtlinie, die sich aus dem Parteitag herausziehen läßt.

Ueber Burms Referat über die Steuerfrage sagt Däumig, es sei heute klar, daß die alte Finanzpolitik nicht das geringste taugte, um aus dem Zusammenbruch herauszukommen. Heute heiße es in allen finanziellen Fragen: Sozialisieren. Das ist das A und O aller revolutionären Steuerpolitik.

Genosse Däumig behandelte nun die marxistischsten Stellen des Aktionsprogramms und hob als wichtigstes Moment das Verbot der Diktatur des Proletariats ohne jede Einschränkung hervor. Die letzten Monate haben uns die Verlogenheit und die Brutalität der herrschenden Demokratie genugsam vor Augen geführt. Darüber gab es in Leipzig keinen Streit. Aber es gilt nicht nur das Lippenbekenntnis zur Diktatur des Proletariats, sondern auch zu arbeiten in diesem Sinne. Crispian habe auf dem Parteitag viele wertvolle Anregungen zu dem Aktionsprogramm gegeben. Er wende sich mit vollem Recht gegen die Proporztheorie. Denn, wenn man den Kapitalismus erst wieder zu Blut und Leben kommen läßt, wird der Endkampf weit schwerer sein. (Sehr richtig.) Crispian habe auch den Rat gehabt, zu sagen, daß man der Gewalt der Gegner wieder Gewalt entgegenzusetzen müsse. Aber besonders wichtig ist, daß in den Ausführungen Crispians und im Aktionsprogramm das Rätesystem die Stelle einnimmt, die ihm gebührt. Die Forderungen der Verankerung des Rätesystems in der Verfassung ist für uns entscheidend. Das ist für mich eine der größten Genugtuungen. In diesem Zusammenhang steht auch die Einschränkung des Parlamentarismus. Der Parlamentarismus ist nur ein Mittel, nicht das Mittel des Klassenkampfes. Das vornehmste und entscheidende Kampfmittel aber ist die

Aktion der Masse.

Däumig wandte sich dann gegen Bedehours Wort vom „antiparlamentarischen Spul“ und sagte, daß man als Vertreter des konsequenten Räteggedankens kämpfen müsse. Wir sind überzeugt, daß keine revolutionäre Partei dem heutigen Parlament etwas für das Fortwärtstreiben der sozialen Revolution tun kann. Die revolutionäre Bedingung einer Fraktion im Parlament liegt für mich darin, dem Gegner und dessen Massen draußen das Bild der neuen Zeit vor Augen zu führen. Man ist jetzt noch zu sehr eingestellt auf die alte Verdingungspolizei. Eine Tradition läßt sich nicht im Handumdrehen beseitigen, es bedarf dazu intensiver Aufklärungsarbeit.

Genosse Däumig streifte nun die Gewerkschaftsfrage und sagte, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllt haben und das alte, starre Gebilde der Gewerkschaften der Diktatur und zur Befestigung des Kapitalismus taugte. Mit der Beschaffung der Arbeiter durch unabhängige Genossen sei erst der Anfang der Revolutionierung der Gewerkschaften gemacht. Die Gewerkschaften müßten sich der Organisation, die aus der Revolution entsprossen sei, dem Rätesystem, anschließen. Die Umstellung der Berufsorganisationen in einen Industrieverband, sei die elementarste Bedingung. Däumig wandte sich dann noch gegen Hilferdings Widerspruch auf dem Leipziger Parteitag die demokratische Republik sei mit Haken und Nauern zu verteidigen. Genoss, das habe auch Engels gesagt, daß die demokratische Republik der günstigste Boden für den Sozialismus sei. Aber wir kämpfen nicht als Bundesgenossen der Herr und Bauer gegen die Gegenrevolution, sondern für die Arbeiterrepublik für die Diktatur des Proletariats. Ich muß der Auffassung Hilferdings entschieden entgegengetreten, sie ist geeignet, Verwirrung in die Massen zu tragen.

Neben dem Aktionsprogramm war die Frage der Internationalen besonders wichtig. Auf dem Parteitag wurden sich drei Anschauungen gegenüber. Man sieht bei den Gegnern des sofortigen Anschlusses an Moskau wohl an dem Etikett „Kommunistische Internationale“. Aber man soll solche Frage von weltlicher Bedeutung, nicht vom Standpunkt des Parteiganges betrachten. Däumig verteilte einige Stellen von Engels aus dem Vorwort des „Kommunistischen Manifestes“, in denen Engels darlegt, warum man das Manifest, das „Kommunistische“ hieß und nicht das sozialistische. Die Moskauer Internationale, so führt Däumig weiter aus, stellt die erste Keimzelle des revolutionären Sozialismus dar. Bedehours Standpunkt bedeutete einen Umweg (Bedehour wendet sich durch einen Zwischenruf dagegen, daß er eine dritte Internationale habe schaffen wollen). Kein er von denen, so führt Däumig weiter aus, die in Leipzig für die dritte Internationale waren, wollten sich dem

Diktat Lenins und Trotsky

Ergeben. Ich kann mich aber in solchen Fragen nicht von persönlicher Empfindlichkeit leiten lassen. Der Grundgedanke des Anschlusses an Moskau hat in Leipzig gefestigt. (Widerpruch Bedehours.) Däumig erwidert in dem Schlußsatz der angenommenen Resolution die Anerkennung des Anschlusses an Moskau. Der Parteitag hat nur die Konsequenzen aus dem Aktionsprogramm gezogen. (Bedehour: Und Sie haben dagegen gekämpft?) Geht weiter!

Was die Vorstandsmacht betrifft, will ich mir noch einer Begründung entgegenstellen. Wir haben keine Direktiven von dem Vorstehen der kommunistischen Partei empfangen. Praktische Arbeit ist jetzt die Forderung der Stunde. Es heißt, mitzuhelfen am Aufbau des Rätesystems, an der Revolutionierung der Gewerkschaften. Es heißt nicht allein organisieren, es heißt auch kämpfen. Wir haben uns wohl für alle Möglichkeiten einzurichten, aber für die nächsten Monate

ist bestimmt mit einer Verschärfung der Kämpfe zu rechnen. Da heißt es, praktische Arbeit im revolutionären Sinne leisten. Das eine wissen wir, daß der Kampf noch wie vor um's ganze geht. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion.

Es wird nun in die Diskussion eingetreten und auf Antrag Stoll die Redezeit für Antragsteller auf 15 Minuten, für die übrigen Redner auf 10 Minuten festgesetzt. Als erster Redner begründete

Genosse Pfeiffer-Niederbarnim die Resolution Niederbarnim-Ost (siehe Freiheit Nr. 618). Wenn die Erklärung für die Diktatur des Proletariats keine leere Formel sein soll, dann muß der ganze Apparat der Partei darauf eingestellt werden. Jedenfalls die Presse muß täglich Artikel über das Rätesystem bringen, um die Massen darüber aufzuklären. In der Berliner „Freiheit“ haben wir nicht dieses Organ. Redner kritisiert besonders Hilferdings Artikel „Taktische Probleme“ und stellt ihn gleich mit den Argumenten der S. P. D. Der Beschluß des Parteitages war eine Panzerei, die „Freiheit“ machte daraus eine Schwärze. Wir müssen verlangen, daß die „Freiheit“ für das Rätesystem Propaganda macht. Die Schreibweise der „Freiheit“ ist schäblich daran, daß das Rätesystem nicht tiefer in die Massen eingedrungen ist. Es müssen Leute in die Redaktion, die überzeugte Anhänger des Rätesystems sind. (Ironische Parodie: Wilhelm Herzog.) Es heißt sonst die Gefahr, daß ein großer Teil der „Freiheit“-Leser sonst die „Rote Fahne“ lieft. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Crispian stellt als erfreuliches Resultat das Zusammenarbeiten von Partei, Räten und Gewerkschaften seit und macht darauf aufmerksam, daß die Mängel der Organisation und der Presse zurückzuführen sind auf den Mangel an geschulten Kräften. Er erklärt Bedehours Standpunkt in der Frage der Internationalen als den seinigen und stellt Däumig gegenüber in der Abrede, daß für ihn der Name „Kommunisten“ einen Stein des Anstoßes bilde. Die heutige kommunistische Bewegung sei durchaus nicht marxistisch. Die Kommunisten sind heute als Partei ein Trümmerhaufen. Ihre Führer sind vor den eigenen Genossen des Lebens nicht mehr sicher. So muß es kommen, wenn man ständig die Führer herunterreißt. Wir können uns als Partei nicht einfach auflösen, wir müssen erst mit den Kommunisten als gleichberechtigte Genossen reden, wenn wir mit ihnen zusammenkommen wollen. In der „Rote Fahne“, die als Kontrastorgan der „Freiheit“ erscheint, wird eine Politik journalistischer Bravos getrieben. Crispian verweist auf einen Artikel Lenins im Organ der Zentrale der S. P. D. „Spartakus“, der im Oktober verfaßt und erst nach dem Leipziger Parteitag erschienen ist. Dieser Artikel wimmelt von Beschimpfungen gegen die Unabhängige Partei, auch gegen den linken Flügel. Dieser Artikel wird vom „Spartakus“ ohne Kommentar abgedruckt. Wenn diese Politik der Kommunisten weiter befolgt wird, sprengen wir die deutsche Arbeiterbewegung. Die Methode, gegen die Führer systematisch zu gehen, muß bekämpft werden. Gestern wurde gegen Kautsky und Ströbel gehetzt, heute sind es Hilferding und Bedehour. Wer kann überhaupt noch als Führer gelten, wenn er jederzeit auf den Scheiterhaufen gestellt werden kann. Die Führer müssen das Vertrauen der Massen haben, auch wenn sie einmal ihre eigene Meinung sagen. (Stärklicher Beifall.) Soweit geht es denn doch nicht, daß man Hilferding ganz einfach davonjagt, wegen Artikel, von denen man nicht einmal weiß, ob er sie selbst geschrieben hat. Hilferding hat großen Anteil am Aktionsprogramm, er hat das Vertrauen des Parteitages erhalten und ist in die neue Programmkommission gewählt worden. Durch die Wahl des neuen Vorstandes ist zum Ausdruck gebracht worden, daß alle Richtungen zu ihrem Rechte kommen sollen. Ich habe das feste Vertrauen, daß wir in der neuen Leitung gut zusammenarbeiten werden. (Bravo.) Unsere Redakteure müssen das Recht haben, ihre Meinung zu sagen. Ihr alle nehmt auch das Recht für Euch in Anspruch, zu sagen, was Ihr denkt. Hangt nicht mit einem Scherbenegerichte an, sondern steht zusammen gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Hilferding sieht sich gezwungen, durch den Mittrauensantrag Niederbarnim persönlich seine Stellung zu verschiedenen Problemen zu erläutern. Wogegen er sich zur Wehre setzen müsse, das seien Angriffe, die gegen ihn gerichtet seien unter völliger Unkenntnis seiner Anschauungen. Seit ich mich politisch betätige, so führt Hilferding aus, war ich immer der Anschauung, daß alle parlamentarischen Kämpfe von dem Willen der Massen gesteuert werden müssen. Wenn ich aus etwas stolz bin in meiner politischen Tätigkeit, so besonders darauf, daß ich als erster den politischen Generalkongress in Deutschland zur Diskussion gestellt habe. Auch die Diktatur des Proletariats habe ich in meinem „Finanzkapital“ als eine Notwendigkeit hingestellt. Das Rätesystem ist für uns alle etwas Neues gewesen, weil es spontan aus der russischen Revolution entsprang. Es ist für uns ganz selbstverständlich, daß die Diktatur nur durch das politische Rätesystem ausgedrückt werden kann. Die wirtschaftliche Rätesorganisation ist ebenfalls von mir wesentlich mitbearbeitet worden. Ich wünsche endlich einmal, daß die Angriffe aufhören, wir hätten uns nur mit den Lippen zu dem Aktionsprogramm bekennen. Wir müssen aber Selbstkritik üben. Es ist unsere Aufgabe, fort und fort zu unterfragen, in wie weit unsere Kraft im Verhältnis zu unseren Beschlüssen steht. Hilferding tritt Stellen aus der „Kommunistischen Räte-Korrespondenz“, die ebenfalls belegen, daß mit einer schließenden Entwicklung der Revolution zu rechnen sei. Ich habe meinen Artikel geschrieben, um auf alle Momente hinzuweisen, auch auf die, die uns Schwierigkeiten bereiten können in unserem Kampfe. Diese Taktik ist geeignet, unsere Stellung für den Entscheidungskampf zu stärken. Genosse Hilferding verweist auf die Wichtigkeit der Steuerpolitik, die das Volk ungemein belastet. Wir müssen in diese Dinge hineinschauen, auch in die Gewerkschaftsfrage. Nur so geben wir die Indifferenz und rechtssozialistischen Arbeiter heran. Wir müssen unsere Taktik auf alle Möglichkeiten einstellen. Das ist der Standpunkt, den ich in der „Freiheit“ vertreten habe. Wenn man mir vorwirft, daß ich nicht revolutionär bin, so läßt mich das kalt. Ich habe, seit ich politisch denken kann, immer sozialistisch gedacht. Wir stehen in einer schwierigen Situation. Gerade weil wir der Ansicht sind, daß die Republik nicht das letzte Ziel ist, haben wir allen Anlaß, nach dem zu sein und die Republik zu schätzen. Der Sieg des Sozialismus würde durch den Sieg der Reaktion auf Jahrzehnte hinaus verschoben werden. Gerade weil ich so überzeugt bin von der Notwendigkeit des Sozialismus, bin ich der Meinung, daß wir den Sieg der Reaktion verhindern müssen. Die Massen stärkeren ihren Kopf, darum muß ihnen gesagt werden, wie die Dinge stehen. Und nun entscheiden Sie über das Vertrauensvotum. (Lebhafter Beifall.)

Der nächste Redner, Genosse Stoll, schildert den Aufbau der Räteorganisation und die Hemmnisse, die ihm entgegenstehen. Wir wollen nicht mehr, daß die „Freiheit“ hinterrücks dinkt, wir wollen, daß sie führt. Stoll nennt Lenin in Schutz und meint, er habe noch die alten Inflationen gehabt. (Zuruf: Dann dürfte man den Artikel nicht aufnehmen. Es kommt zu lebhaften Unterbrechungen während der Ausführungen Stolls.) Ich bin durchaus dafür, daß die Redaktion ihre Meinung sagt, aber wie ist es mit deren Gehör-Vermögen? Diese Möglichkeit ist in

der „Freiheit“ nicht gegeben. (Lebhafter Widerspruch.) Stoll polemisiert dann gegen Hilferding, der kurz vor dem Parteitag noch der Rätebewegung eine untergeordnete Rolle zurechnen wollte. Wir wünschen, daß die „Freiheit“ den revolutionären Gehalt des Rätesystems richtig zum Ausdruck bringt. Stoll wendet sich dagegen, daß der Ausschluß der „Freiheit“ auch zugleich Freykommission ist. (Beifall.)

Genosse Lampe betont energisch die Notwendigkeit der Erziehung der Genossen zu sozialistischen Sozialisten. Erziehung und Vergeistigung der Bewegung sei die Hauptaufgabe. In der Gewerkschaftsfrage müssen wir uns ganz klar werden. Wir müssen darauf hinausgehen, daß die Gewerkschaften sämtliche revolutionäre Energien auslösen. Wir müssen den Geist aufpepochen, den wir dort brauchen. Die große Mitgliederzahl müssen wir auf unseren Boden bringen. Zur Frage der Internationalen weist bemerkt der Redner, daß augenblicklich die revolutionäre Entwicklung in Deutschland von der Unabhängigen Partei getragen wird, und daß es sehr wohl von Nutzen sei, die Sozialisten der anderen Länder zu erfassen. Redner verteidigt Hilferdings Artikel und tritt der gefühlsmäßigen Lösung der bestehenden Probleme entgegen. Man solle keine Scherbenegerichte aufhängen und Genossen beurteilen, die immer auf ihrem Posten gestanden haben. (Bravo.)

Genosse Bollmerhaus betont die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens aller Organisationen. Wir machen und nichts daraus, wenn wir nicht in allen Kreisen der Arbeiterchaft den besten Ruf haben. Wir haben eben den Mut, zu sagen, was ist. Wir von den Gewerkschaften haben uns alle erhebliche Mühe gegeben, mit den Arbeiterräten zusammenzukommen. Wenn wir so, wie der Antrag es will, mit der Redaktion der „Freiheit“ verfahren, so wird die Bewegung geistig verarmen. Der Vorschlag stellt uns vor vollendete Tatsachen. Da ist ein einheitliches Zusammenwirken unmöglich. Man gibt sich Richtlinien, und wir sollen sie anerkennen, ohne daß man sie uns mitteilt. Wenn das nicht unterbleibt, werden wir auch in Zukunft bei Aktionen ein zerstücktes Bild haben.

Genosse Wegmann bezeichnet das Vorgehen einiger unabhängiger Gewerkschaftsführer als Gewerkschaftspartikularismus und er wendet sich heftig gegen die Ablehnung eines von ihm geschriebenen Artikels in der „Freiheit“. Er wirft besonders dem Genossen Frick Schmidt vor, daß er die Genossen von der Räteorganisation als Wirtelbeuge bezeichnet habe. Er verteilte die „Freiheit“, weil sie nicht den Räteggedanken propagiert habe. Wegmann tritt für einen vorliegenden Antrag Maßstab ein und fordert, daß die Gewerkschaften nicht Selbstgewalt, sondern Mittel zum Zweck sind. Die Aktionskraft ist wichtiger denn je. Aber mit dieser Gewerkschaftstaktik, wie sie jetzt betreibt werde, kommt man nicht weiter. Die Entscheidung hat das Berliner Proletariat zu fällen und wir zweifeln nicht, daß es zu unseren Gunsten entscheidet. (Beifall.)

Genosse Dittmann ist der Meinung, daß man die Differenzen mit unendlicher Schärfe austrage. Er schildert die Bemühungen der Parteileitung, eine Verständigung der drei Organisationen: Räte, Partei und Gewerkschaften, herbeizuführen, und den Widerstand, den die Vertreter der Rätebewegung dieser Verständigung entgegensetzten. Dittmann unterzieht den Antrag Niederbarnim einer Kritik und bezeichnet das Verlangen nach einer Prekominenz als selbstverständlich. Aber der Ausschluß der Verlags-gesellschaft sei ja die Prekominenz, deren Aufgabe nur auf geschäftliche Dinge erweitert worden ist. Wenn man es wünscht, könne das abgeändert werden.

Der Artikel Hilferdings, der hier angegriffen wurde, ist gerade zu eine politische Tat. Es ist notwendig, daß die verantwortlichen Vertreter der Partei, wo es angebracht ist, ihre Stimme erheben. Es wäre traurig, ihnen verbieten zu wollen, das zu sagen, was das Bewußtsein ihnen vorschreibt. Die Absicht der Redaktion ist, die gegenwärtigen Dinge zum Zusammenbruch und die Unabhängigen in dieser verzweifeltsten Lage an die Spitze zu bringen. Da müssen wir an uns halten können, müssen unsere Energie zeigen. Gegenüber Stoll betone ich, daß das leitende kommunistische Blatt den Artikel Lenins noch nach dem Parteitag ohne Kommentar nicht hinausgehen durfte. Darauf kommt es lediglich an. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Frick Schmidt bedauert, daß die heutige Debatte nicht den Willen zeige, alle Auffassungen in der Partei zum Ausdruck kommen zu lassen. Es dürfe unter keinen Umständen dazu kommen, daß man etwa Wilhelm Herzog an die Stelle Hilferdings setzt. Das werde auch der gesunde Sinn der Arbeiterschaft nicht zulassen. „Alle Macht den Arbeiterräten!“ kann es nicht geben, bis wir im Besitz der politischen Macht sind. Das wird viel-sach nichtbestanden. Schmidt streift den Metallarbeiterstreik und erklärt es als Unfug, wenn man nicht den Mut austrage, gegen schlechte Aktionen seine Stimme zu erheben. Uns tut nur die Verständigung und Abgrenzung zwischen Partei, Räte- und Gewerkschaftsvertretern. Wir müssen die Bewegungen dieser drei Organisationen einhalten. Wenn der Geist Hilferdings aus der „Freiheit“ verschwindet, dann werden wir nicht an die Willen der Gewerkschaftsmitglieder heran kommen. Wir brauchen die Verständigung und sie ist möglich.

Genosse Ulrich begrüßt es, daß durch Hilferding und Crispian die Debatte auf eine anerkannter Höhe gebracht wurde, bedauert es aber, daß sie in ihrem weiteren Verlauf nicht auf dieser Höhe gehalten wurde. Der Redner wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Versuche, die Führer, die ihren Standpunkt klar und offen darzulegen, hinauszumerken. Er wendet sich weiter gegen den Partikularismus der einzelnen Gewerkschaften. Auch er bittet um Annahme der Resolution Maßstab.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Genosse Däumig stellt in seinem Schlußwort fest, daß er noch nie vor auf seinem Standpunkt des Anschlusses an Moskau steht. Man dürfe in einer Zeit wie der gegenwärtigen nicht nur auf die Steine sehen, dann verliere man vollends den Blick für das große Ganze. Ich bin von allem Anfang an gegen die Frage gewesen und habe auf die Notwendigkeit der Meinheitsbildung hingewiesen. Ich habe den Eindruck, daß man den dialektischen Charakter des Sozialismus zu sehr auf das ökonomische, zu wenig auf das psychologische Moment anwendet. Ich habe nicht gesagt, daß ich die Steuerfrage nicht für wichtig halte. Wer haben aber der Arbeiterklasse auch hier die Notwendigkeit des Sozialismus immer mehr vor Augen zu führen. Es ist notwendig, daß in einer Versammlung die Meinungen aufeinanderprallen. Wir sind doch noch im Fluß. Unser Parteitag war nicht mehr ein Parteitag der Probleme, sondern eine Kundgebung des revolutionären Willens. Diesen Willen haben wir nur zur Tat werden lassen. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen. Genosse Hilferding wendet sich gegen eine Behauptung Wegmanns, daß er einem führenden Kommunisten gesagt habe, das Aktionsprogramm sei für ihn nur auf dem Papier. Es entspreche nicht seinen Gepflogenheiten, sich in dieser Weise zu unterhalten.

Genosse Maßstab sucht einige Ausführungen Dittmanns richtigzustellen, und gibt Aufklärung, warum die Mitglieder des Volksrats sich an der Bildung der vorgeschlagenen Kommission nicht beteiligten.

Genosse Wegmann hält seine Behauptungen gegen Hilferding aufrecht. Er habe die erwähnte Äußerung, die Hilferding gegenüber einem kommunistischen Führer gemacht habe, von Maßstab erfahren.

Genosse Dittmann hält gegenüber Maßstab die wirkliche Sachlage bei der in Frage stehenden Kommission auf.

Genosse Hilferding wendet sich nochmals dagegen, daß Wegmann mit Maßstab aus zweiter und dritter Hand hauffieren geht. In der Abstimmung wird die bereits auf der Berliner Generalversammlung angenommene Resolution, die sich mit dem Parteitag einverstanden erklärt, einstimmig angenommen.

Groß-Berlin.

Späte Erkenntnis.

Sehn Monate sind seit der Ermordung der Matrosen in der französischen Strafe vergangen, ohne daß sich bisher die Regierung darum bekümmert hätte, die Angehörigen der Ermordeten irgendwie zu entschädigen. Sie haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, wenigstens die Verurteilten zurück zu erhalten, die dem Ermordeten gestohlen wurden. Aber auch dieses Bemühen war erfolglos, da für den Diebstahl niemand die Verantwortung tragen wollte, obwohl die Reichshofräthe, die der Mordeaktion beigegeben haben, bekannt waren und zur Auskunft über den Verbleib der Sachen gezwungen werden konnten.

Die bittere Not der Hinterbliebenen hat uns veranlaßt, einen Antrag zu einer Geldsammlung für sie zu erlassen. Die Regierung scheint dadurch endlich zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß sie ihre Pflicht möglichst vernachlässigt hat. Um die auf ihr lastende Schande abguschwächen, läßt sie jetzt erklären, daß die Hinterbliebenen des Matrosenmordes entschädigt würden und daß sie die Anweisung gegeben habe, mit der Zahlung von Vorschüssen zu beginnen. Welche Stelle die Vorschüsse fallen soll, wird verschwiegen.

Wir ersuchen die Angehörigen der Ermordeten, sich mit dieser Verhütungsspiel nicht zufriedener zu geben. Ihre Ansprüche müssen rechtlich durchgefochten werden. Das trifft auch auf die Gefangenen zu, die durch die schuldlos erlittene Haft und durch die Diebstähle der Regierungstruppen schwer geschädigt wurden. Wir bitten daher alle Geschädigten noch einmal, ihre Adresse auf unserer Redaktion abzugeben. Denn nur durch den Klageweg können sie endlich zu ihrem Recht gelangen.

Weihnachtsgabe an bedürftige Personen in Schönberg.

Die Schönberger städtischen Körperschaften haben beschlossen, ihre bedürftigen Einwohner mit einer Weihnachtsgabe zu versehen. Bedürftigkeit gilt als gegeben, wenn das Einkommen der betreffenden Person und der im Haushalt mitwohnenden Familienmitglieder das für die Bestimmungen zur Berechnung der Erwerbslosenunterstützung zugrunde gelegte Einkommen nicht übersteigt. Bei Erwerbslosen wird von vorstehender Bestimmung Ausnahmungen genommen. Jugendliche unter 18 Jahren werden nicht als selbständige Erwerbslose betrachtet, sondern der Familie zugerechnet. Als Stichtag für die Prüfung der Bedürftigkeit und die Gewährung der Unterstützung gilt der 20. Dezember 1910. Für Erwerbslose ist Voraussetzung, daß sie drei Wochen vor diesem Termin erwerbslos gewesen sein müssen. Der Satz der Weihnachtsgabe beträgt für Verheiratete 40 M., für Ledige 30 M. und für Kinder 20 M.

Die bereits in städtischer Fürsorge befindlichen müssen sich in ihren Fürsorgestellen melden, für alle anderen nicht in städtischer Fürsorge befindlichen ist eine Meldestelle im neuen Rathaus, Zimmer 61, eingerichtet. Meldezeit werktäglich 9-1 Uhr vormittags. Soweit durchführbar, soll die Zahlung noch vor Weihnachten erfolgen.

Zu der schweren Bluttat in Reußla, die sich dort, wie wir berichteten, am Freitagabend um 10 1/2 Uhr in der Wohnung der Arbeiterfrau Anna Sander in der Fleißstraße 39 abspielte, wird uns weiter mitgeteilt, daß sich der Geliebte der Frau Sander, der 30 Jahre alte Arbeiter Friedrich Pflümann, der diese durch einen Selbstmord schmerzlich bedrückt und deren Ehemann durch zwei Schüsse tötete, sich gestern früh um 8 Uhr der Reußläner Polizei selbst gestellt hat. Er gibt an, in der Notwehr getötet zu haben. Wie weit seine Angaben zutreffen, bedarf noch der Nachprüfung.

Während eines Streites sich selbst erschossen hat der Schlosser Hugo Franke aus der Bernauer Straße 103. Franke lebte in der Nacht zum Sonntag betrunken nach Hause und geriet mit seiner Frau, mit der er zusammen wohnte, in einen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Er endete damit, daß Franke einen Revolver nahm und sich selbst eine Kugel in den Kopf jagte. Die alarmierte Sicherheitswache „Hundsdorf“ nahm den Totbestand auf und ließ die Leiche Frankes nach dem Schanzenhaus bringen.

20 000 Paar Militärstiefel wurden gestern von der Kriminalpolizei auf dem Lehrter Bahnhof vor der Veranschaulichung gerettet und beschlagnahmt. Diese Stiefel und Schnürsenkel runden vor längerer Zeit von Danzig aus abgehenden. Sie sollten für 18 M. das Paar der Allgemeinheit zugunsten werden, verschwand jedoch auf bisher noch nicht geklärer Weise. Die Inspektion A I der Kriminalpolizei erfuhr nun, daß ein gewisser Schloßbauer aus der Langenburger Straße Militärstiefel für 35 M. das Paar in großen Mengen zum Kauf anbot. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um die Danziger Stiefel handelte, und daß diese sich jetzt im Besitz einer Firma Comand und Grave aus Reußla befinden, die sich Verwertungsgesellschaft nennt. Das Schloßbauer selbst lagerte auf dem Hofboden der Korbhülle des Lehrter Bahnhofes. Wie es dahin gekommen ist, weiß noch niemand. Im Auftrag der Reichsanwaltschaft sind beschlagnahmte die Kriminalpolizei den ganzen Posten und verpackte den Aufbewahrungssraum.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde der 42 Jahre alte Brauer Ernst Helm aus der Weihenburger Straße. Er geriet vor dem Hause Müllerstraße 48 unter den Kraftwagen und wurde am Kopf und den Armen so schwer verletzt, daß er bald darauf im Paul-Verhards-Spital verstarb.

Der Bäckermeister W. Müller, Kopenhagener Str. 2, ist wegen grober Verläufe gegen die geltenden wirtschaftlichen Bestimmungen auf die Dauer von 2 Monaten von der Wohnzulassung ausgeschlossen worden.

Lebensmittelkalendar.

- Spandau. Auf Fleischhacks 250 Gramm Rind- und Schweinefleisch, auf die Spießfleischkarte 500 Gramm Butter und 100 Gr. Margarine, Kartoffeln 5 Pfd. Auf Lebensmittelkarte 1/2 Pfd. Gries, Steigly, 50 Gramm Butter, 100 Gramm Margarine, Kaminbrenne 22.-24. Dezember, 250 Gramm Jurealmehl (M. 21 der Einkaufspreise). Verkauf am 22. Dezember ab: Weizenmehl 101 100 Gramm Hefe, Weizenmehl 33 rote Steiglyer Karte 250 Gramm Normale, In den beiden Kaufmann-Verkaufsstellen: Gähle, Pfund 10.50 Pfd.
- Tempelhof. 3 Pfund Kartoffeln und 600 Gramm Gerstentrost auf 88 g der Kartoffelkarte, 50 Gramm Butter, 40 Gramm Margarine, 150 Gramm Hefe, 101 100 Gramm Hefe, 100 Gramm Margarine, 1 Pfund Kakao auf 2 wsl. Weizenmehl 88. Für Kinder im 11. und 12. Jahre auf Roggenmehl 100 Gramm Hefe, 100 Gramm Hefe, 100 Gramm Margarine, 1 Pfund Schokoladepulver (Kopffüß mit Aufdruck A. der Müller-Vollmüllerei). — Anmeldeung auf 100 Gramm Suppen (Weizenmehl 18).
- Niederbarnheide. Auf Weizenmehl 52 (1) 7 Pfd. Kartoffeln, auf Weizenmehl 6 der Lebensmittelkarte 125 Gramm Reis, auf Weizenmehl 3 125 Gramm Nudeln auf Weizenmehl 10 125 Gramm Nudeln.
- Pankow. Auf Weizenmehl 106 100 Gramm Lebensmittelkarte 125 Gr. Weizenmehl, auf Weizenmehl 40 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 200 Gramm Weizenmehl.
- Hennigsdorf. Dienstag Ausgabe der Lebensmittelkarten für den Monat Januar 1910 für Erwachsene, Kleinkinder und für Kinder bis zu 3 Jahren.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Dielepp, Reichsdruckerei und Verlagsanstalt „Die Zeit“ in Berlin. — Druck des Reichsdruckerei und Verlagsanstalt „Die Zeit“ in Berlin.

Die zweite Verhandlung eine Frage, die zu Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsgesellschaften gestellt wurde, und gibt genauere Angaben hinsichtlich der deutschen letzten Kreuzer. Die dritte teilt mit, daß die Nationalversammlung das von den Deutschen unterschriebene Protokoll über die Unterdrückung des Artikels 81 der Reichsverfassung über die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland ihrerseits genehmigt hat.

Das deutsche Verbrechen.

Brüssel, 20. Dezember.

Das Schwurgericht in Namur hat in bezug auf die anwesenden Angeklagten aus dem ehemaligen wallonischen Ministerium folgendes Urteil gefällt: Demery 6 Jahre Gefängnis, Ledent 3 Jahre Gefängnis, Kamelot 8 Jahre Gefängnis, Meqere 9 Jahre Gefängnis, Riegers 9 Jahre Gefängnis, Vandewilde 2 Jahre Gefängnis, Rimet 15 Jahre Zwangsarbeit, Joseph Raikem 2 Jahre Gefängnis. Meunier und Albert Raikem wurden freigesprochen. Das Urteil über die abwesenden Angeklagten wird später gefällt.

Auch dieses Urteil fällt auf das Schicksal der deutschen Machtpolitik zurück, die in ihrem Eroberungswahn das belgische Land bereits aufzuteilen, als der Krieg noch gar nicht entschieden war. Gegen den Willen der belgischen Bevölkerung keilten sie das Land in eine holländische und eine wallonische Verwaltung und setzten diktorisch die neuen Regierungsbearbeiter ein. Diejenigen Beamten, die sich zum Werkzeug der deutschen Eroberer hergaben, müssen nun ihre Kurzsichtigkeit durch harte Gefängnisstrafen bezahlen. Sie sind die Opfer eines Systems geworden, das sich mit kaltherziger Grausamkeit über Recht und Gesetz hinwegsetzte und bei der Verfolgung seines Zieles selbst vor dem schwersten Verbrechen nicht zurückschreckte.

Bonar Law über die irische Lage.

H.N. London, 21. Dezember.

Bonar Law erklärte in einer Rede im Unterhaus, daß Lord George zwei Bedingungen festgelegt habe, in denen mit Irland unterhandelt werden könne: 1. daß die Sicherheit und Einheitslichkeit des britischen Reiches sichergestellt werden müsse, und 2. daß keinerlei Zwang auf Irirer ausgeübt werden dürfe. Die Regierung werde nicht gestatten, daß eine irische Republik errichtet werde. Man habe den Verdacht geäußert, daß die Regierung selbst die Unruhen in Irland hervorgerufen habe, um dem Lande das Homersgesetz vorenthalten zu können. Derartige Unterstellungen seien selbstredend ganz unbegründet. 4 oder 5 Polizeibeamte seien in Dublin ermordet worden. Das dürfte so nicht weitergehen. Der Verlust Lord George zu ermorden, habe eine große Bedeutung. Lord George müsse befürchten, daß der Augenblick des Attentats so gewählt worden sei, um klarzumachen, daß eine Gruppe in Irland der Behandlung des Homersgesetzes am Montag im Unterhause feindlich gegenüberstehe.

Das Attentat gegen French.

London, 21. Dezember (Gazette)

French dankt seine Rettung dem Umstande, daß die Hauptangreifer ihn im zweiten Automobil glaubten. Die Verhaftung eines Geldboten konnte an der Hand eines Dokuments, das bei ihnen gefunden wurde, festgestellt werden. Es handelt sich um einen Radenburgen aus Dublin.

Eine Erklärung Scheidemanns.

Russel, 21. Dezember.

Das „Kasseler Volksblatt“ enthält eine Erklärung des Abgeordneten Oberbürgermeisters Scheidemann, in der es heißt: Die Behauptung, daß ich eine Prämie auf die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ausgeschütt hätte, kann nur dem Kopfe eines geistkranken Menschen entstammen.

Gewerkschaftliches.

Drohender Konflikt in der Lederwirtschaft.

Eine öffentliche Versammlung der Angestellten der Lederwirtschaft am 18. Dezember nahm Stellung zu der Antwort des Arbeitgeberverbandes des Großhandels. Auf die neuen Forderungen der Angestellten gab der Arbeitgeberverband einen völlig ablehnenden Bescheid. Er will ansehnend eine Machtprobe provozieren.

In der sehr lebhafte Aussprache drückten die Diskussionsredner ihre Empörung aus über die Haltung der Arbeitgeber. Sie führten diese zurück auf die im neuen Tarifvertrag enthaltenen höheren Gehaltsforderungen und auf das Mißbehaltungsrecht. Eine aus der Mitte der Versammlung vorgelegte Resolution sollte den Arbeitgebern eine Frist bis zum 27. Dezember, die von der Versammlung für viel zu langfristige bezeichnet wurde. Am 22. Dezember hat nach der einstimmig angenommenen Resolution der Arbeitgeberverband zu erklären, ob er bereit ist, in Verhandlungen über die neu aufgestellten Forderungen einzutreten, andernfalls werden die Angestellten der Lederwirtschaft ihre notwendigen Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erlampfen wissen.

Eine wohlverdiente Ohrfeige erhielten die Rechtssozialisten bei der am 16. Dezember stattgefundenen Wahl des Arbeiterausschusses in der K. F. G. Brunnenstraße. Sie hatten sich mit den Sozialdemokraten, Richtung Fisch-Dunker, zu einer Liste vereinigt, um mit diesen treuen Bundesbrüdern gegen ihre freigeberischen Klassenmassen zu Felde zu ziehen. Die Arbeiterklasse hat diesen Verrat an den Grundfragen der freien Gewerkschaften gebührend quittiert. Es erhielten Stimmen: Liste I (S. P. D. und S. D. 1903 (zwei Vertreter), Liste II (freie Gewerkschaften) 6168 (acht Vertreter). So kumpeln nun zwei Rechtssozialisten auf den Krücken der „Liste“ in den Ausschuss hinein, während die Gewerkschaften selbst ihre treue Wahlhilfe mit einem gänzlichen Ausfall bezahlen müssen. Eine ähnliche Vorgänge ereignen die Rechtssozialisten in der Reichsversammlung Ober-Sachsen. Da dort fast nur freie Gewerkschaften in Frage kamen, war mit einer Gegenliste nicht zu rechnen. Aber nach am letzten Tage brachen es Anhänger der Sozialpartei und einige „Wilde“ fertig. Unterzürstern für eine zweite Liste zu sammeln. Der Judenlohn, der das Wahlergebnis ihnen brachte, war den zehn Kandidatengliedern ein Sitz und von 20 Stimmverweirern drei Elbe.

Der Verband der Schauspielerdeutoren Deutschlands ist nach vorangegangenen Verhandlungen zum Zentralverband der Angestellten übergetreten und bildet hier in Berlin in der Fackelstraße 7 die „Sektion 4 der Schauspielerdeutoren“.

Die Resolutionen Maschin, die sich für den Ausbau der Arbeiterorganisation erklärt, sowie für den Ausbau der Gewerkschaften in starken Industriezweigen, wird in ihrem zweiten Teil ebenfalls angenommen.

Der Antrag Niederbarnim-Ost wird in dem Teil, der den Eintritt der „Freiheit“-Redaktion verlangt, mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Der Teil, der sich auf das Inzeratenwesen bezog, wird durch ein entsprechendes Mandat schreiben der Parteileitung an die Parteipresse für erledigt betrachtet. Der dritte Teil, der die Neuwahl der Pressemmission fordert, wird abgelehnt.

Ein Antrag auf Erhebung zweier Extrabeiträge für die Inhabierten wird nach einer Erklärung des Genossen Vollmerhaus, daß die Gewerkschaften sich an der Hilfe für die Inhabierten beteiligen, abgelehnt.

Nachdem noch die Genossen Demming für die Bildung von Kinderstudienmissionen in allen Orien Groß-Berlins eintritt, wurde die Versammlung geschlossen.

Wiener Bilder.

Aus Wien wird uns berichtet:

Vor wenigen Tagen ist einem achtjährigen Mädchen etwas Wunderliches geschehen: Es wurde als „Jungschweinchen“ bezeichnet und in Kanten genossen. Die Frau, die in einem Wirtshaus im Bezirke Favoriten nach Lebensmitteln gesucht hat, will dort einige Fleischstücke gefunden haben, die sie teils selbst teils veräußerte. Ihre Angaben scheinen auf Wahrheit zu beruhen, auf derwache schauerliche Wahrheit: daß sie gezwungen ist, Lebensmittel in Wirtshäusern zu suchen, daß sie zufällig Teile der Lebensmittel gefunden hat und diese ab und veräußerte. Die Ermordung der kleinen Marie Stamm ist noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Eines jedoch ist offenbar: es leben in Wien Menschen, die in Wirtshäusern ihre Nahrung suchen müssen!

Zu diesem Vorfalle sei noch bemerkt, daß sich seit diesem Tage fast stündlich bei der Polizei Menschen mit Leichtenen befinden. Jeder findet, irrtümlicherweise Menschenfleisch erstanden zu haben; und es ist glücklicherweise meistens Fleisch von — Hunden...

Die Gemeinde Albern an der Donau bei Kaffereisdorf landte der niederösterreichischen Landesregierung folgendes Schreiben: Die Gemeindevorstellung teilt der Landesregierung mit, daß in Zukunft keine angeschwemmten Leichen im Gemeindegelände von Albern im Friedhof der Armenlosen beerdigt werden können, somit die Leiden unerdigt in Zukunft liegen bleiben müssen, weil der Friedhof von den Wiener Diebstehlen gänzlich verunreinigt wurde. Er wurde nicht nur seiner Bestimmung umgewandelt und der Grabterre beraubt, sondern es wurde auch die in ihm befindliche Leichenkammer samt den darin befindlichen Särgen und Werkzeugen demoliert und fortgetragen. — Die Wiener Selbstmörder werden unbedeutend liegen bleiben müssen, weil die Wiener Holzamter den Albern Friedhof verunreinigt haben. Die Landesregierung hat in Einklang mit der Alternative, entweder den Bestattenden die Lebensrettung zu verweigern oder die angeschwemmten unbedeutend liegen lassen. Eine ähnliche Alternative hat der hohe Rat zu Paris: entweder unsere Lebensrettung, den Anstoß an Deutschland, zu verweigern oder zu verhindern, daß die Diebe aus den Häusern der Alibierten und Alibierten den Friedhof, zu dem der hohe Rat zu machen geruht, auch noch ausplündern...

Nach den Mitteilungen des Professor Spidy hat die Rot in Wien in den letzten neun Monaten 20 706 Menschen getötet, das sind 3307 in jedem Monat oder 110 an jedem Tage, die Fremden und das Militär nicht gerechnet. Der neunte Teil dieser Toten sind Säuglinge, der fünfte Teil Kinder vom 1. bis zum 15. Lebensjahre, 3776 Unmündige sterben bis zum Ende des schulpflichtigen Alters. Dazu kommt die schaurige Schädigung der Jugend, der es beschieden sein wird, unser Volk zu überleben, aber nur um dauerndem Siechtum zu verfallen. Nach den Zahlen zählen die durch Tuberkulose oder Knochenweichung in Krüppeln gewordenen, auf Jahrzehnte hinaus werden so in Millionen Menschen verkrüppeln.

Was könnte uns noch Rettung bringen? Es gibt hiergute Leute, die vermuten, daß das bloße Erscheinen eines Tuberkulose in Wien oder sonst eines gefährlichen Parasiten, um hunderttausend Tuberkulose und Knochenweichung, um hunderttausend Millionen Unterernährte zu gesunden. Und es gibt Beschreuer, die nicht müde werden, bei Tag und bei Nacht von Krieg und Gomoreha, Krieg und Untergang, Knochenweichung und Tuberkulose den — Sozialdemokraten zuzuschreiben. Wien hat zweifundzwanzig bürgerliche Tagblätter! Wien kann nicht mehr geholfen werden...

Von 700 Jünglingen eines Wiener Waisenhauses sind 146 unterernährt, 230 sehr unterernährt, 161 äußerst unterernährt, letztere sind nicht mehr reifsfähig. Wer will sich derartigen annehmen? Wer will ihnen Vater und Mutter sein!

Sieg der belgischen Grubenarbeiter.

H.N. Brüssel, 21. Dezember.

Der Bergarbeiterstreik ist beendet. Die Arbeitervertreter haben sich mit 7/8 Stimmenmehrheit entschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Sie haben, wie es heißt, in dem Resultat den Sieg davongetragen und ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 2 1/2 Fr. täglich durchgebracht. Wünsche von den Grubenbesitzern stellen Forderungen werden zurückgezogen und auch der Lohn für die Streiktage ausbezahlt.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 21. Dezember. (Gazette)

Der Oberste Rat konnte die Frage der Wiederherstellung der Scapa Flow nicht erledigen, da die englischen Regierungen erklärten, sie hätten diesbezügliche Welfungen aus London noch nicht erhalten. Es ist anzunehmen, daß die britische Regierung an Ort und Stelle Aufstellungen machen wird, um die Bedingungen zu können, wieviel Tonnen Eisenmaterial Deutschland liefern imstande ist.

Paris, 21. Dezember. (Gazette)

Die deutsche Mission der Lebenskonferenz hat drei Punkte überreicht. Die erste behandelt die Bedingungen für die Zwangsentsorgung nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages.

